

**STADT MUSS ANDERS!  
GESUNDE  
LEBENSBEDINGUNGEN  
BÜRGERBETEILIGUNG  
UMBAU STATT  
ABRISS  
ARTENVIELFALT  
GRÜNERHALT  
ERHALT VON  
SPIELPLÄTZEN  
SCHUTZ DER  
BERLINER BÄUME**

## Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung

Wahlprüfsteine zur Wahl  
zum Abgeordnetenhaus von  
Berlin 2021

Klimafreundliche, nachhaltige  
und sozial gerechte  
Stadtentwicklung in Berlin

## WER WIR SIND – MITGLIEDER UNSERES BÜNDNISSES

- Bürgerbündnis zum Erhalt eines lebenswerten grünen Kiezes – Friedrichshain
- Mieterinitiative „Erhaltet unsere grünen Friedrichshainer Innenhöfe“ – Friedrichshain
- Aktionsbündnis Lebenswertes Wohnen in Friedrichshain-West
- Verein für Lebensqualität an der Michelangelostraße e.V. – Pankow
- Schöneberger Bürger gegen Nachverdichtung „Mühlenberg Initiative“
- Bürgerinitiative Kietzer Feld und Wendenschloss – Köpenick
- Initiative Johannisthal Landfliegerstraße – Treptow
- Bürgerinitiative Kiefernwald-Adlershof – Treptow
- Bürgerinitiative „Rettet den Ilse-Kiez“ – Karlshorst/ Lichtenberg
- Initiative Lebenswertes Spindlersfeld – Köpenick
- Bürgerinitiative “Grüner Kiez Pankow”
- Bürgerinitiative „klimafreundliches Pankow“
- Bürgerinitiative auf dem lichten Berg – Lichtenberg
- Bürgerinitiative Jahnsportpark - Pankow
- Bürgerinitiative Grüne Westendallee e.V. – Charlottenburg/ Wilmersdorf
- Anwohnerinitiative Ernst-Thälmann-Park – Pankow
- Bürgerinitiative Vesaliuskiez – Pankow

## WOFÜR WIR STEHEN

Berlin benötigt dringend bezahlbaren Wohnraum. Doch statt nachhaltig zu planen, wird derzeit nachverdichtet und versiegelt, wo bisher Grünoasen Frischluft für die Großstadt erzeugen und das Stadtklima sichern. Die zunehmende Versiegelung verschärft die negativen Auswirkungen des Klimawandels, sorgt für rasant steigende Temperaturen in der Stadt und bedroht die Gesundheit der Bevölkerung .

Bestehende Siedlungen und Wohnanlagen sind mit sinnvoller, bedarfsgerechter Infrastruktur (z.B. Kitas, Schulen, Sport- und Spielplätzen) und umliegenden Grün- und Sozialflächen geplant worden. Statt Nachverdichtung und Versiegelung benötigt Berlin eine nachhaltige Stadtentwicklung, bei der Stadtquartiere und Grün- und Sozialflächen unter Berücksichtigung des Klimawandels und der Pandemie geplant werden, Frischluftschneisen in alle Kieze gelegt und Flächen für weitere Stadtbäume entsiegelt werden.

Unser parteiunabhängiges “Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung” besteht aus derzeit 17 Initiativen. In

stadtentwicklungspolitischen Diskursen vertreten wir die Stimme der BewohnerInnen und MieterInnen. Gemeinsam setzen wir uns ein für eine klimagerechte, nachhaltige und soziale Stadtentwicklung, insbesondere für den Erhalt von Grün- und Sozialflächen, den Schutz Berliner Bäume, für gesunde Lebensbedingungen, eine bedarfsgerechte Infrastruktur, Artenvielfalt, Entsiegelung, Umbau statt Abriss und echte Bürgerbeteiligung bei allen Projekten. Zur Erreichung dieser Ziele fordern wir die notwendigen Änderungen der Berliner Bau- und Planungsvorschriften, ebenso wie eine konsequente Steuerung seitens der Bezirke vor Ort.

## UNSERE FRAGEN

Mit unseren Wahlprüfsteinen zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021 möchten wir die parteipolitischen Einstellungen zu unseren Themenschwerpunkten in Erfahrung bringen und der Öffentlichkeit als Orientierungsmarke für Wahlentscheidungen zugänglich machen. **Wir bitten um Rucksendung Ihrer Antworten als PDF oder Word-Datei bis zum 8. August 2021 an das Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung unter folgender E-Mail-Adresse: [team@nachhaltigestadtentwicklung.berlin](mailto:team@nachhaltigestadtentwicklung.berlin)**

## DIE KLIMALISTE BERLIN BEANTWORTET GERNE IHRE FRAGEN!

[www.klimaliste-berlin.de](http://www.klimaliste-berlin.de)

### KLIMAFREUNDLICHE STADTENTWICKLUNG

Berlins Stadtentwicklung steht auch aufgrund des jüngst gefassten Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts zur Nachbesserung im Klimaschutz vor großen Herausforderungen. Planung und Vollzug müssen so angepasst werden, dass sie ihren definierten Beitrag zum Erreichen des Klimaziels leisten.

1. Welche Lehren ziehen Sie für die Berliner Stadtentwicklungspolitik aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts?

Die Klimaliste Berlin sieht im Urteil die Bestätigung ihrer Position, dass die politischen Programme, Handlungen und Entscheidungen der regierenden Parteien nicht ausreichen, um die Pariser Vereinbarung zum Klimaschutz vollumfänglich einzuhalten und damit die Lebensgrundlagen der Menschen auf diesem Planeten dauerhaft zu sichern. In diesem Sinne freut es uns, dass nunmehr erstmalig die Forderung nach mehr Klimagerechtigkeit auch deutlich durch die Deutsche Rechtsprechung gedeckt wird. Wir hoffen auf eine entsprechende Signalwirkung auch über die Landesgrenzen hinaus. Die Klimaliste Berlin fordert unter anderem in ihren politischen Programmen eine konsequente Ausrichtung aller politischer Maßnahmen und Entscheidung an einem fest definierten Emissionsbudget. In unserem Klimaplan zeigen wir dafür konkrete Maßnahmen und die Notwendigkeit für ein ganzheitliches Denken und Handeln auf. Wir treten auf Landesebene für eine dem Urteil gemäße Verfassungsänderung ein: Klimaschutz muss in die Berliner Verfassung. Und auf dieser Grundlage müssen sukzessive ALLE Landesgesetze angepaßt werden. Bis dahin soll ein umfassender Klimavorbehalt für alle politischen Entscheidungen gelten. Zur Umsetzung des Klimavorbehalts ist die Berliner Verwaltung entsprechend zu schulen und personell wie finanziell geeignet auszustatten.

2. Sehen Sie die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung in Berlin als einen Schwerpunkt Ihrer politischen Tätigkeit in der nächsten Legislaturperiode an?

Klimaschutz, d.h. der Erhalt unserer Lebensgrundlagen, ist die Basis unserer Politik. Anders als andere Parteien ist er bei der Klimaliste Berlin daher nicht "ein Punkt unter vielen", sondern steht im Vordergrund. Am Klimaschutz - und hier konkret: am Pariser Klimaabkommen - richten sich sämtliche politischen Maßnahmenvorschläge aus. Dies auszuarbeiten, haben wir mit 120 Fachleuten gemeinsam den "Klimaplan" erarbeitet:

<https://www.klimaliste-berlin.de/media/pages/klimaplan/6db68c3a57-1620376401/klimaplan-2021-05-07.pdf>.

Auf Basis aktueller Forschung bricht der Klimaplan die politischen Notwendigkeiten auf den Stadtraum Berlin herunter und wird "als lebendes Dokument" immer weiter bearbeitet und den Erfordernissen angepaßt. Daraus ergeben sich in allen Sektoren bestimmte Wirkgrößen und Budgets (zB bei den Emissionen). Um deren Auswirkungen zu begrenzen haben wir im nächsten Schritt Maßnahmen zusammengetragen. Danach geht es um deren Umsetzung und die entsprechenden Grundlagen dafür. Es zeigt sich, dass wir einen radikalen Wandel brauchen: Gesetze, Wirtschaftssystem, Subventionen, Bildung, das politische System müssen umgestaltet werden, damit wir angesichts der Katastrophe handlungsfähig bleiben. Kurzum: Wir streben einen vollkommenen Umbau von Berlin "als Ganzes" an.

3. Falls ja: Welche Vorhaben planen Sie?

Ziel ist ein klimapositives und sozial gerechtes Berlin bis 2030. Dafür brauchen wir gesetzliche Grundlagen, einen Ausbau der Verwaltung, die Zusammenarbeit zwischen allen Bezirken und dem Senat (Entwirrung unklarer Kompetenzen). Der derzeitige Senat hat für zahlreiche im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen privatrechtliche Gesellschaften gegründet: Diese Parallelstrukturen müssen zerschlagen, teils abgeschafft, viele Aufgaben in die erstarkte Verwaltung zurückgeführt werden. Wir stehen für einen intensiven, rechtlich bindenden Austausch mit den Menschen dieser Stadt. Klimaschutz braucht Kommunikation bis in die Kieze, entsprechend starke Nachbarschaften. Wir brauchen die Zusammenarbeit mit Kiezbewohner:innen, städtischen Initiativen, unabhängigen Expert:innen einen Klimaplan.

Ausgehend von diesen grundlegenden Umstrukturierungen streben wir u.a.: Massive Entsiegelung von Flächen, Ausweitung von Parks und Begrünung von Gebäuden (Berlin wird Schwammstadt), Sicherung der Trinkwasserversorgung (mit Brandenburg) und entsprechender Ausbau der Kläranlagen, Rekommunalisierung aller Infrastrukturen inkl. der Wohnungen (DeuWO und Co, enteignet wird unterstützt), Energie zu 100% aus Erneuerbaren in Bürgerinnenhand (starkes Stadtwerk); Neubau als Ausnahme, Umverteilung vorhandenen Wohnraums; Experimente mit Wohnungstausch, Umbau, für Mieter kostenneutrale energetische Ertüchtigung der Bestände. Massiver Ausbau der Rad-Infrastruktur, Förderung des ÖPNV: differenziertes Konzept, Stärkung vor allem außerhalb des Ringes.

## VERSORGUNG MIT GRÜNINFRASTRUKTUR

In Zeiten des Klimawandels ist eine umfangreiche wohnungsnah Grünversorgung für alle StadtbewohnerInnen unersetzlich (Klimafolgenmonitoring Berlin, Sachstandsbericht 2016, S. 25).

In den vergangenen Jahren wurde die erforderliche Versorgung mit Grüninfrastruktur jedoch stiefkindlich behandelt, während Neubauzahlen stark im Fokus der Berliner Politik, Verwaltung und der Öffentlichkeit standen. Auch in Bereichen mit festgestellter Unterversorgung an wohnungsnahen Grünflächen wird durch eine überwiegende Genehmigungspraxis nach § 34 Baugesetzbuch (BauGB) - einfaches Baugenehmigungsverfahren - unkontrollierte Nachverdichtung bewilligt, ohne dass parallel die erforderliche Grünentwicklung geschieht.

Die Grünplanung darf nicht länger der Bauplanung untergeordnet bleiben.

1. Wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode für den Erhalt und eine verbesserte Pflege von Grünflächen einsetzen? Welche Handlungsschwerpunkte werden Sie verfolgen?

**Unser Motto ist eine Paradies-Metapher: "Ganz Berlin wird ein Park". Wir fordern Stopp aller Baumfällungen (von Sicherheitsrisiken und kranken Bäumen abgesehen), Ausweitung der Grünpflege (Rekommunalisierung statt Privatisierung, d.h. Ausbau der zuständigen Behörden und feste Stelle für Baumpfleger und Expertinnen). Wir streben eine großflächige Entsiegelung an, und fordern ein "Flächenmoratorium": Flächen dürfen bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung ab sofort nur noch versiegelt werden, wenn Ausgleichsflächen geschaffen werden. Bestehende Grünflächen reichen für eine klimaresiliente Stadt nicht aus. Berlin muß zur Schwammstadt werden. Wir setzen uns zum Ziel die Grünflächen in Berlin von aktuell etwa 12 % auf mehr als 20 % innerhalb der kommenden 10 Jahre zu erhöhen. Die zuständige Senatsverwaltung gewährleistet die erforderlichen finanziellen Mittel zur Pflege der Grünflächen. Die zuständigen Behörden werden entsprechend ausgebaut, Defizite in der Verwaltungsstruktur werden beseitigt.**

2. Verfolgt Ihre Partei das Ziel, die Versorgung mit wohnungsnahem Grün in Berlin - auch quantitativ - zu verbessern? Welche Lösungsansätze sehen Sie, um Unterversorgung entgegenzuwirken?

**Durch die Begrünung von Dächern und Fassaden profitieren Anwohner direkt, da so kühlendes Regenwasser gespeichert wird, eine zusätzliche Wärmedämmung im Winter besteht, Staub und CO2 gebunden und Lebensraum für Insekten und Pflanzen geboten wird. Durch Änderung der Landesbauordnung wird die Begrünung von Dächern und Fassaden vorgeschrieben. Die Genehmigungsverfahren werden vereinfacht und beschleunigt.**

**Des Weiteren setzt sich die Klimaliste Berlin dafür ein, dass Berlin innerhalb des S-Bahn-Rings komplett autofrei wird. Die dadurch**

freierwerdenden Parkflächen, die derzeit das Straßenbild prägen, werden entsiegelt und bepflanzt, idealerweise in Aktionen, bei denen die Bürger:innen direkt eingebunden sind. Sie sollen als Akteure von den neuen Grünflächen und Gärten profitieren.

3. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass je Verwaltungsbezirk analog zu sogenannten Schulentwicklungsplänen auch „Grünversorgungsentwicklungspläne“ eingeführt werden?

Wichtig für einen flächendeckenden Umbau Berlins sind einheitliche Konzepte und Planungsverfahren. Eine Konkurrenz zwischen Bezirken untereinander und dem Senat darf es nicht geben. Sofern „Grünversorgungsentwicklungspläne“ die zügige Umsetzung des Gesamtkonzepts der Schwammstadt Berlin beschleunigen können, sind sie geeignete Instrumente der Planung. Dies muß allerdings rechtlich und verwaltungsmäßig verbindlich vorgeschrieben und definiert sein. Weitere Parallelstrukturen in den zuständigen Verwaltungen, weitere Auslagerung von Kompetenzen in privatrechtliche Gesellschaften (auch landes- oder bezirkseigen) lehnen wir ab.

4. Wie kann ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den erforderlichen Grün- und Bauflächen sichergestellt werden?

Zwischenlösung ist zunächst ab sofort ein Flächenmoratorium, das für jede neu versiegelte Fläche Ausgleich notwendig macht. Ein neuer Flächennutzungsplan für Berlin kann das zukünftige Verhältnis von Grün- und Bauflächen gemäß den Gegebenheiten des Klimaschutzes neu austarieren. Zusätzlich könnte eine gezielte Förderung durch den Senat dazu beitragen, Aufstockungen zu erleichtern, und damit den Flächendruck zu mindern.

5. Wie stehen Sie zur Realisierung von Bauvorhaben in Planungsgebieten mit quantitativer Unterversorgung an (öffentlichen) Grünflächen?  
Sollten Bauvorhaben in solchen Gebieten reglementiert oder untersagt werden können?  
Welche (gesetzgeberischen) Lösungsansätze sehen Sie in Berlin und werden Sie sich dafür einsetzen?

Das Folgende gilt nicht nur bei Unterversorgung, sondern generell (da wir Berlin als Ganzes als unterversorgt mit Grün ansehen): Fakt ist: Berlin wächst seit 3 Jahre nicht weiter. Fakt ist auch: Die Bautätigkeit hat das Wohnproblem verschärft, da am Bedarf vorbei und auf Spekulation hin gebaut wird. Wir treten derzeit mit zahlreichen Akteuren aus dem Bereich Bauen, Wohnen, Wirtschaft in einen Dialog, um gemeinsam zu diskutieren, wie ein „Wohnflächenbudget“ (pro-Kopf-Maximum als Richtwert) ein Instrument der Umverteilung vorhandenen Raumes werden kann (evtl. analog zur Idee des Energiebudgets, bei dem man bei Überschreitung nachzahlen muß, bei Unterschreitung einen Bonus bekommt). Dabei ist uns der Aspekt der sozialen Verträglichkeit

wichtig. Im Durchschnitt wohnen die Menschen auf fast 45 qm. 1980 war die Fläche pro Person nur halb so groß. Wird die Umverteilung vorhandenen und ineffizient genutzten Wohnraumes (inkl. Umnutzung von Büros) ins Kalkül gezogen, so sinkt der Druck auf der "Wohnungsmarkt", Grünflächen können erhalten und ausgebaut werden. Das erklärte vor 5 Jahren übrigens auch die SPD angesichts der Einführung einer Wohnungstauschbörse. Dies wollen wir auf alle Wohnungen der Stadt ausdehnen. Bauen muß zur Ausnahme werden. Statt dessen hat der Umbau zur Schwammstadt und die energetische Ertüchtigung oberste Priorität.

## BAUMSCHUTZ

Die Berliner Bäume sind zunehmend in Gefahr. Sie leiden unter schlechten Standortbedingungen und der anhaltenden Trockenheit. Bei Bauvorhaben haben die Naturschutzbehörden kaum Möglichkeiten, sich für den Erhalt wertvoller Bäume einzusetzen. Nur unwesentlich störende Bäume können überhaupt geschützt werden, alle anderen Fällungen müssen genehmigt werden. In der Folge nimmt der Baumbestand in der Stadt seit Jahren ab, womit zugleich die Zerstörung des Lebensraums für Insekten, Vögel und andere Tiere voranschreitet.

1. Wird Ihre Partei sich in der nächsten Legislaturperiode für den Erhalt und für eine verbesserte Pflege der Berliner Stadtbäume einsetzen? Falls ja: Welche Handlungsschwerpunkte werden Sie verfolgen?

Wir haben aus den eigenen Reihen den Verein "Stadtbewaldung e.V." gegründet, der bereits im Frühjahr zahlreichen Baumpflanzaktionen durchgeführt hat. Ziel ist der Erhalt, die Pflege und die Pflanzung von Stadtbäumen. Im Lauf der kommenden 10 Jahre wollen wir das Defizit (aktuell etwa 10000 Stadtbäume!) mit der Pflanzung von 33333 Stadtbäumen mehr als ausgleichen. Nach diesem Vorbild brauchen wir weitere Initiativen bzw. vorhandene Player der Zivilgesellschaft sollen ermutigt und politisch und finanziell unterstützt werden, ähnliches zu tun. Allerdings muß die Berliner Verwaltung federführend für die Bäume zuständig sein. Wir brauchen hier mehr Budget und Personal (feste Stellen). Wir brauchen größeren Raum (Baumscheiben) für Stadtbäume (Entsiegelung) und eine großangelegte Umstrukturierung des Verkehrsraums.

2. Wie stehen Sie zu einer Reform der Berliner Baumschutzverordnung (BaumSchVO) dahingehend dass
  - a) die Ausnahmetatbestände (§ 5 BaumSchVO) zugunsten des Baumschutzes auf ein Minimum eingeschränkt werden - insbesondere bei Bautätigkeit oder geplanter Versiegelung von Grundstücksflächen?
  - b) eine Verpflichtung für Eigentümer und Nutzungsberechtigte aufgenommen wird zur weitestmöglichen Anpassung geplanter Bauvorhaben mit dem Ziel des Erhalts bestehenden Baumbestands?
  - c) die Fällung von Bäumen nur noch als "letztes Mittel" genehmigt werden darf?

- d) bei Fällungen die Ersatzpflanzung als Regelfall des ökologischen Ausgleichs definiert wird und die Zahlung einer Ausgleichsabgabe nur noch im begründeten Ausnahmefall möglich ist?  
(Bislang handelt es sich nach § 6 Abs. 1 BaumSchVO Berlin um zwei gleichwertige Alternativen, zwischen denen der Antragssteller einer Baumfällung wählen darf.)
- e) Ersatzpflanzungen baufeldnah (Umkreis von 500 m) erfolgen müssen?
- f) die Möglichkeiten von Ersatzpflanzungen auf öffentlichen Flächen zusätzlich gestärkt werden?
- g) im Rahmen von Ersatzpflanzungen stets mindestens dieselbe Zahl von Bäumen nachzupflanzen ist, wie gefällt wurde?

**Baumschutz braucht oberste Priorität angesichts der massiven Reduzierung des Bestandes und der fehlenden Erneuerung. Insofern muß die geltende Ordnung grundlegend angepasst werden. Die jetzige Fassung ist in Bezug auf Klimaschutz, Ökologie und Erhalt von Bäumen im städtischen Umfeld nicht optimal, in Teilen bewirkt sie sogar Gegenteiliges. Ihre Wirksamkeit wird aber auch durch andere Gesetzestexte gemindert. Entsprechend sind diese Texte nach eingehender Analyse zusammen mit der Baumschutzverordnung zu verändern. (Wir streben einen generellen Klimavorbehalt für alle Entscheidungen der Stadt sowie eine grundlegende Reform aller Gesetze unter Klimagesichtspunkten an).**

- a) keine Ausnahmetatbestände für Fällungen
- b) Anpassung sollte Standard sein
- c) Fällung werden generell nicht genehmigt
- d) Ersatzpflanzung kann nicht 1:1 erfolgen, sondern für jeden gefälltten Baum müssen 10 neue errichtet werden.
- e) Ersatz im Umfeld
- f) Stärkung ist gut
- g) siehe d

3. Wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass bei Bauvorhaben von Beginn an (im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens nach § 34 BauGB genauso wie bei Aufstellung von B-Plänen) die notwendigen Baumaßnahmen-Nebenflächen (Fahrwege, Aufstellung von Bauinfrastruktur) unter Gesichtspunkten des Baum- und Naturschutzes berücksichtigt werden müssen?  
Falls ja: Werden Sie sich für eine Gesetzesinitiative zur Verhinderung daraus resultierender Naturschäden einsetzen?

**Die Klimaliste Berlin ist aus außerparlamentarischen Initiativen der Klimagerechtigkeitsbewegung entstanden. Eine solche Zusammenarbeit ist daher für uns eine geradezu natürlich Sache und wir unterstützen sie vollständig. Wie oben ausgeführt müsse nach der Verfassung auch alle Landesgesetze, und damit auch das Baugesetzbuch dem Klimaschutz entsprechend angepaßt werden. Angesichts der Straßenbreiten in Berlin muß es generell möglich sein Fahrwege und Baustelleninfrastruktur klimagerecht und auch sozialverträglich im Sinne der Anwohner zu gestalten.**

4. Für die Realisierung einer nachhaltigen Stadtentwicklung in Berlin muss die Rolle der für den Natur-, Baum- und Klimaschutz zuständigen Gremien und Fachämter gegenüber den Baubehörden gestärkt werden. Werden Sie sich dafür einsetzen? Welche Möglichkeiten sehen Sie?

**Siehe oben: Wir streben eine Novellierung sämtlicher Gesetze nach der Prämisse des Klimaschutzes an. Entsprechend werden auch Widersprüche zwischen Einzelgesetzen, die in der Vergangenheit zT erhebliche Zielkonflikte ausgelöst haben, zugunsten einer einheitlichen Linie im Sinne des Naturschutzes beendet. Sie sprechen "die zuständigen Gremien und Fachämter" (im Plural) an: auch hier werden wir stark reformieren. Kompetenzen werden stark gebündelt, so daß die Behördenkonkurrenz ("Zuständigkeitspingpong") beendet wird. Wir stehen für eine umfassende Schulung und Ausbau der Verwaltung, Ende der Auslagerung in privatwirtschaftliche Gesellschaften und die Einbindung der Bürgerinnen in den Umbau Berlins zur Schwammstadt. Möglichkeit: Dies alles ist in unserem System durch Anpassung von Gesetzen und Verordnungen möglich.**

### BAUWESEN/RESSOURCENSCHONUNG

Das Bauwesen verursacht lt. Umweltbundesamt mit rund 215 Mio. t jährlich den größten Abfallstrom in Deutschland und verantwortet mehr als die Hälfte des gesamten Abfallaufkommens. Nur 7 % dieses Abfalls werden in Gebäuden recycelt. Der Rest wird im Straßenbau als Schotter verwendet oder deponiert, was jährlich ca. 100 Mio. km Lkw-Fahrten verursacht. Selbst scheinbar unendliche Ressourcen wie Sand (am Meer) werden bereits so knapp, dass sie zunehmend durch kriminelle Strukturen illegal abgebaut werden. Für eine Branche mit ca. 870.000 Beschäftigten, die ca. 5,6 % zum BIP beiträgt, sind das beschämende Fakten (Angaben aus DBT Drs. 19/23152).

Am 10. Dezember 2019 hat der Berliner Senat auf Vorlage von Klimaschutzsenatorin Regine Günther als erstes Bundesland die Klimanotlage anerkannt. Berlin verfolgt eine Zero-waste-Strategie und fordert in der Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt (VwVBU) eine Lebenszyklusbetrachtung. Dennoch werden auch in Berlin unverändert zahlreiche Bauten abgerissen, die oftmals nur wenige Jahrzehnte alt sind. Aktuell soll z.B. nach dem Willen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin das erst 1987 errichtete Cantian-Stadion abgerissen werden. An der Stelle eines bestehenden Stadions mit 20.000 Sitzplätzen soll ein Stadion-Neubau mit ebenfalls 20.000 Sitzplätzen errichtet werden.

Ein zukunftsweisendes Gegenbeispiel stellt die diesjährige Vergabe des international renommierten Pritzker-Preises an das französische Architekturbüro Lacaton Vassal dar. Dieses Büro ist v.a. für seine minimal-invasiven, bestandserhaltenden Um- und Weiterbauten weltbekannt. Diese Auszeichnung zeigt einen deutlichen Paradigmenwechsel auf, wie er auch im Manifest „Das Haus der Erde“ des Bundes Deutscher Architekten zum Ausdruck kommt.

1. Wie beurteilen Sie ein Vorhaben, bei dem ein Neubau gleicher Kapazität und Funktion einen noch jungen Bestandsbau ersetzen soll, aus dem alleinigen Grund von gestiegenen Anforderungen des Deutschen FußballBundes an Profi-Stadien?

Die Klimaliste Berlin missbilligt solche Vorhaben. Neubau sind generell CO<sub>2</sub>-intensiv und klimaschädlich. Wir wollen Neubau in Berlin zur Ausnahme machen, da zB auch im Bereich Wohnung ausreichend Flächen vorhanden sind, allerdings extrem ungleich und sozial unverträglich verteilt. In Bestandsbauten steckt sehr viel sogenannte graue Energie. Sie muß mitberechnet werden; umgekehrt müssen auch Herstellung und Transport neuer Materialien mit einkalkuliert werden. Hier ist vor allem auch auf eine Veränderung des Baurechts auf Bundesebene zu drängen. Ein Vorhaben wie das Stadion lehnen wir grundsätzlich ab. Aus Gründen des Klimaschutzes, aber auch aus Gründen der Verwaltung, denn die derzeitigen Baubehörden haben nicht die Planungskompetenz, solche Vorhaben angemessen zu prüfen und zu begleiten, was zu massiven Preissteigerungen führt.

2. Sehen Sie die Notwendigkeit stärkerer Ressourcenschonung im Berliner Bauwesen? Falls ja, mit welchen Instrumenten wollen Sie diese umsetzen?

Durch die Komplexität des deutschen Baurechts ist gerade in Materialfragen auch Bundesrecht tangiert. Berlin kann sich hier über den Bundesrat einbringen, wir können aber sagen: auf Bundeseben bestand bislang kein Interesse zur Anpassung der Gesetze im Sinne des Klimaschutzes (im Gegenteil: Das Baulandmobilisierungsgesetz zB befördert Flächenverbrauch und Versiegelung eher noch).

Wir sehen konkret die Notwendigkeit stärkerer Ressourcenschonung im Bauwesen insgesamt. Dabei geht es zB um die Zulassung und Normierung von Recyclingbaustoffen (hier ist Deutschland im europaweiten Vergleich sehr rückschrittlich). Es geht aber auch um die Frage der Ausbildung von Planern und Bauleuten. Auch hier ist die Entwicklung verschlafen worden. Bauen mit Recyclingmaterialien und Bauen im Bestand sind trotz der Forderungen von Bund Deutscher Architekten ("Das Haus der Erde") und der Architektenkammern eine Spezialdisziplin. Das muß sich - in gemeinsamer Kraftanstrengung und politisch flankiert durch eine schnelle Anpassung der Gesetze - schnell ändern. Hier muß man an eine Mischung aus Anreizstrukturen (Förderung von Recyclingbaustoffen) und Ordnungspolitik (Massive Erhöhung von CO<sub>2</sub>-Kosten zB beim Bauen; "Lieferketten"-Energiebudget von Baustoffen) denken. Im Moment ist all dies grundsätzlich zu reformieren.

3. Wie kann, Ihrer Meinung nach, dem Erhalt bestehender Bausubstanz besser Rechnung getragen werden? Wie werden Sie sich dafür einsetzen?

Neubau muß zur Ausnahme werden. Siehe dazu Frage 2: Anpassung von Gesetzen, Abschaffung bisheriger klimaschädlicher Subventionen, Förderung klimafreundlicher Lösungen (auch Nicht-Bauen sollte belohnt werden!), CO2-Preis-Erhöhung, Lieferketten-Energie-Einpreisung. Das Bauwesen wird in seiner Ausrichtung politisch gesteuert - im Guten wie im Schlechten. Dieses Faktum müssen wir uns bewußt machen und entsprechend gesetzgeberisch handeln. Dafür steht die Klimaliste Berlin. Und: Ausbau der Verwaltung, um in all diesen Punkten Einhaltung von Gesetzen zu prüfen und gegebenenfalls kompetent und in einem Dialog mit Wirtschaft und Verbraucherinnen nachzusteuern.

4. Momentan werden Bedarfsprogramme unabhängig von den vorhandenen Bestandsbauten entwickelt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass künftig zunächst die Potentiale des Um- und Weiterbaus festgestellt und die Bedarfsplanungen daran angepasst werden? Falls ja: Mit welchen Instrumenten wollen Sie das erreichen?

Hier braucht es eine Absprache mit den Bundesbehörden (Bundesbauministerium, BBR, BBSR), weil dort die von Ihnen angeprochenen Bedarfsprogramme, zB über die KfW abgewickelt, zugeschnitten werden. Hier ist fraglos mehr Experimentierfreude gefragt. Von Berlin aus müßte man auch über den Bundesrat initiativ werden. Kurzum: Wir setzen uns dafür ein. Und wir werden dies mit allen gesetzgeberischen Mitteln auf Landesebene und mit Initiativen länderübergreifend in Richtung Bund tun.

5. 2014 wurde dem Abgeordnetenhaus von Berlin eine im Auftrag von SenIDS mit Beteiligung von SenSW erstellte Machbarkeitsstudie zum Jahn-Sportpark vorgelegt, in der die Möglichkeiten eines Umbaus nicht einmal geprüft wurden. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass ressourcenschonendes Weiterbauen bei künftigen Projekten zwingend als Option geprüft werden muss? Falls ja: Mit welchen Instrumenten?

Das Thema Jahn-Sportpark und die politische Ausrichtung der Machbarkeitsstudie, die von Anfang sehr stark auf eine bauliche Veränderung des vorhandenen Ensembles ausgerichtet war, haben wir sehr kritisch verfolgt. Politisch motivierte Planverfahren, die im Sinne von Großaufträgen für die Bauwirtschaft gelenkt werden, darf es nicht geben - dass aufgrund der hohen Umsätze das (Berliner) Bauwesen stark von Klientelpolitik geprägt ist sehen wir als grundsätzlich problematisch an, da es dazu führt, dass am Bedarf, sowie an gesellschaftlichen und umweltgerechten Notwendigkeiten vorbeigebaut wird. Die Gesetze müssen entsprechend angepasst werden, sodaß für eine Ausschreibung nur sachliche Gründe geltend gemacht werden können, dies allerdings auf Grundlage objektiver Prüfung, die wiederum innerhalb einer starken, gut geschulten Verwaltung erfolgt.

Da wir einen sofortigen Klimavorbehalt nebst Flächenmoratorium für alle politischen Entscheidungen in der Stadt einführen wollen und danach zügig alle Gesetze des Notwendigkeiten des Klimaschutzes anpassen, wäre ein solcher Umgang mit dem Jahn-Sportpark, wie er jetzt geschieht, mit der Klimaliste Berlin gar nicht möglich.

Ergänzend möchten wir noch weitere Punkte ausführen, die wir in unsere Gesetzesreform-Initiative aufnehmen:

- Die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft unter anderem durch eine deutliche Verteuerung der Entsorgungskosten für Bauabfälle, die nicht ressourcen- und energieschonend wieder in den Materialkreislauf zurückgeführt werden, die Einpreisung der grauen Energie und die marktliche und zulassungstechnische Förderung von Recycling- und auf Recyclingmaterialien basierenden Baustoffen.
- Die gezielte Förderung von Ansätzen zur Rückbaubarkeit und Wiederverwendbarkeit ganzer Bauteile und Baukonstruktionen (Cradle-to-Cradle-Prinzip)

Wir haben diese und weitere Ansätze bereits im Klimaplan formuliert. Sie sollen zügig wichtigen Akteuren aus Forschung, Bauwirtschaft, Politik und Verwaltung auf Landes- wie Bundesebene weiterentwickelt werden.

6. In der Vergangenheit hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen häufig Aufträge anderer Ressorts im Sinne einer reinen Baudienststelle bearbeitet. Wir sind der Meinung, dass dies zu kurz greift und von einer Senatsverwaltung mehr erwartet werden muss: Als Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat die Behörde bei jedem Projekt grundsätzlich alle relevanten Aspekte der Stadtentwicklung zu betrachten. Diese Expertise kann von den bestellenden Ressorts nicht erwartet werden. Umso wichtiger ist es, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sich dieser Verantwortung bewusst ist und die Aufgabe annimmt.

Teilen Sie diese Auffassung? Wenn ja: Werden Sie sich dafür einsetzen und mit welchen Mitteln?

Wir teilen diese Auffassung vollständig. Wir sehen hierbei die Notwendigkeit einer grundlegenden Neuabstimmung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Sinne einer umfassenden Verwaltungsreform als Voraussetzung. Diese bezieht sich nicht allein auf den Bereich Stadtentwicklung und Bauen, sondern auf alle Verwaltungsbereiche. Um den Aspekten Klimaschutz und Klimagerechtigkeit ausreichend Rechnung zu tragen braucht es auch die grundlegende Veränderungen des Bewußtseins in allen Berliner Verwaltungsbereichen. Dazu müssen die Gesetze angepasst, die

**Verwaltung ausgebaut und durch feste Stellen gestärkt werden. Wir fordern aber auch Schulung des Personals im Sinne des Klimaschutzes in allen Behörden. Klimaschutz ist kein "zusätzlicher Aspekt", sondern die Grundlage aller Behördenarbeit im Dienste des Menschen. Es geht um die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen!**

### NACHVERDICHTUNG/MIKROKLIMA

Nahezu alle in Berlin laufenden bzw. geplanten Baumaßnahmen zur Verdichtung von bestehenden Wohnkomplexen und -gebieten gehen einher mit einer massiven Reduzierung von Grün- und Freiflächen und sogar Spielplätzen sowie der Vernichtung von wertvollem altem Baumbestand.

Die Anzahl der tropischen Nächte in Berlin hat sich laut Statistik in den letzten 10 Jahren vervierfacht. Viele ehemals bestehende Luftschnitten laut Klimaatlas Berlin 2015 sind zwischenzeitlich durch Neubauten schon zerstört bzw. werden zerstört. Nachverdichtungsvorhaben wirken sich negativ auf das Mikroklima vor Ort sowie auf das gesamte Klima in Berlin aus und erhöhen die bioklimatischen Belastungen der BewohnerInnen.

Unserer Meinung nach darf Stadtentwicklung in Zeiten des Klimawandels nicht mehr nach dem unreflektierten Schema "Bauen! Bauen! Bauen!" betrieben werden. Auch in der Wohnungspolitik müssen zukunftsfähige Konzepte wie beispielsweise die Aktivierung von Leerständen durch Gebäudeumnutzungen (Büros, Fabriken, Shoppingcenter) bei gleichzeitiger Herstellung zusätzlicher Grünanlagen und dem Schutz vorhandener Grünflächen umgesetzt werden.

1. Setzt sich Ihre Partei für eine Abkehr vom Dogma der baulichen Verdichtung im Rahmen der Innenentwicklung ein?

**Als Verfechter des Modells des "Donut-Ökonomie" setzen wir uns allgemein für eine Abkehr vom wirtschaftlichen Paradigma des "Wachstums" ein, das die Bauwirtschaft massiv antreibt. Die Folgen der bisherigen (von der Ideologie des Neoliberalismus befeuerten) Politik bekommen die Menschen dieser Stadt direkt mit - ja: sie zahlen die Zeche dafür. Berlin ist aufgrund des bedingungslos investorenfreundlichen Wirtschaftsklimas vor, während und nach der Ära Wowereit ein Immobilien-Tummelplatz internationaler Bauherr:innen und Immobilieninvestoren geworden, die zumeist mit dem Kapital großer Gesellschaften und (Renten)Fonds arbeiten. Wir sprechen hier von der sogenannten Finanzialisierung des Marktes, der sich von realen Bedingungen und Notwendigkeiten abgelöst hat. Als Folge der fehlgeleiteten Baupolitik und der globalen Entwicklungen werden immer mehr versiegelte Flächen geschaffen, die zur Aufheizung der Stadt führen, anstatt eine Ausweitung der Grünflächen voranzubringen. Die Neubau-Offensive und intensive Nachverdichtung der letzten Jahre verhindert und zerstört nachhaltige Stadtentwicklung. Regelmäßig verteilte freistehende Flächen werden**

für Grünflächen, Gärten, Luftschneisen etc. gebraucht, um ein lebenswertes Stadtklima zu erhalten. Der Wohnungsbedarf muss durch eine effizientere Nutzung der bestehenden Wohnfläche gedeckt werden, wie oben beschrieben (U.a. durch die zT genannten Instrumente der Börse für kostenneutralen Wohnungstausch, konsequentes Monitoring von Leerständen, Erhöhung der Zweitwohnungssteuer und einem derzeit erörterten Wohnflächen-Budget.

2. Wird sich Ihre Partei gegen die Verdichtung und für den Erhalt von Bäumen, grünen Freiflächen und Spielflächen in bestehenden Wohnquartieren einsetzen? Wenn ja, wie/ mit welchen konkreten Instrumenten?

Ja, die Klimaliste Berlin möchte im Dialog und mit der Beteiligung der Anwohnenden Bäume, Grün- und Spielflächen erhalten, schützen und sogar stark ausbauen. Die Bewohner:innen sollen mit Unterstützung von Personal und Fachleuten die Möglichkeit bekommen ihre Kieze zu gestalten, sodass das Zusammenleben vor Ort und die Sozialgemeinschaft gestärkt wird. Es geht dabei darum, direkte Demokratie und die Entscheidungskraft von Initiativen der Zivilgesellschaft zu stärken, Volksentscheide und Entscheidungen in Bürgerinnenräten bindend für die Politik zu machen und die Fristen zur Umsetzung stark zu verkürzen. Wir haben bei dem Umbau von Berlin zur Schwammstadt auch ein Zeitproblem, nicht nur eines der falschen Gesetze und der kaputtgesparten Verwaltung. Die Klimaliste Berlin setzt an all diesen Stellen an und will die Veränderung grundsätzlich.

## GESUNDHEIT

„Städte sind im Vergleich zum Umland oft stärker belastet durch Überwärmung, hohe Konzentration von Feinstaub und anderen Luftschadstoffen sowie durch Lärm. [...] Der Klimawandel wird diese Belastungen erheblich verstärken. [...] Solche Belastungsfaktoren führen [...] zu erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und zu erhöhten Krankheits- und Sterblichkeitsraten. [...] Über ihre regulierenden Ökosystemleistungen hilft die Stadtnatur, die geschilderten Belastungen zu reduzieren. So binden Bäume und andere Vegetationselemente Feinstoff und weitere Luftschadstoffe [...] und mindern über Beschattung und Verdunstungskühle die Hitzebelastung.“ (S. 25) „Stadtnatur vermindert nicht nur Umweltbelastungen, sondern begünstigt auch unmittelbar die physische und psychische Gesundheit der Menschen.“ (S. 26)

([https://www.ufz.de/export/data/global/190506\\_TEEB\\_DE\\_Broschuere\\_KF\\_Bericht3\\_Stadt\\_BF.pdf](https://www.ufz.de/export/data/global/190506_TEEB_DE_Broschuere_KF_Bericht3_Stadt_BF.pdf))

Das vergangene Jahr war in Berlin das heißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Etwa 490 Menschen sind 2020 an den Folgen der großen Hitzewelle in Berlin gestorben. Das geht aus Berechnungen des Robert-Koch-Instituts hervor. „Als Folge des Klimawandels treten in Deutschland seit etwa der Jahrtausendwende Hitzewellen in einer ungewöhnlichen Häufigkeit auf“, schreibt das Institut in seinem Bericht. „Starke und/oder längere Hitzewellen führen dabei regelmäßig zu einer erhöhten Mortalität, besonders in den älteren Altersgruppen.“

([https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2019/Ausgaben/23\\_19.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2019/Ausgaben/23_19.pdf?__blob=publicationFile))

Dringender Handlungsbedarf liegt damit auf der Hand. Bereits 2011 arbeitete der Stadtentwicklungsplan Klima die Anpassung Berlins an die Folgen des Klimawandels als zentrale Aufgabe der Stadtentwicklung heraus. ([https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungsplanung/download/klima/step\\_klima\\_broschuere.pdf](https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungsplanung/download/klima/step_klima_broschuere.pdf), S. 24 f.)

1. Wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode für eine gesundheitsfördernde Klimaresilienz Berlins einsetzen? Wenn ja: Welche Werkzeuge/Maßnahmen werden Sie ergreifen?

Für die Klimaliste Berlin hat Gesundheit sehr große Wichtigkeit. Im Klimaplan haben wir das Verhältnis von Klimaschutz und Gesundheit ausführlich erörtert und konkrete Maßnahmen für die Verbesserung gesundheitlicher Vorsorgemaßnahmen im Rahmen des Klimaschutzes aber auch der Auswirkungen der Klimakrise vorgeschlagen. (Ausführlich nachzulesen im pdf-Dokument ab S. 289:

<https://www.klimaliste-berlin.de/media/pages/klimaplan/6db68c3a57-1620376401/klimaplan-2021-05-07.pdf>)

Die Grünplanung und der Umbau Berlins zur Schwammstadt haben für die Klimaliste Berlin absolute Priorität. Diese Maßnahmen dienen direkt der Gesundheit. Beispiel Feinstaub: Hier geht es um die Filterwirkung der Pflanzen. Parallel dazu werden wir - mit einer erstarkten und geschulten Verwaltung - das Umweltmonitoring ausbauen. Im Klimaplan heißt es dazu beispielhaft "Berlin errichtet und betreibt gemeinsam mit unabhängigen Forschungspartner:innen Luftqualitäts-Messstationen im gesamten Stadtgebiet - insbesondere in direkter Nähe zu schützenswerter Infrastruktur und Örtlichkeiten, an denen sich Risikogruppen vermehrt aufhalten, u.a. Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Seniorenheime, außerdem an viel befahrenen Straßen mit einem maximalen Abstand zum fließenden Verkehr von 2-4 Metern auf einer Höhe von 1-2 Metern."

Ähnliches gilt auch für andere Bereiche. Beispiel Gewässerschutz, über den u.a. die mittlerweile massiv gefährdete Berliner Trinkwasserversorgung sichergestellt wird. Viele Themen der Gesundheit - darunter die Verseuchung des Trinkwassers - werden in ihrer Tragweite systematisch verschwiegen. Für fordern eine öffentliche Diskussion über die Gesundheitsgefahren, u.a. durch hohe Nitrat- und Sulfatbelastung. Wir wollen den Ausbau der Klärwerke. Vor allem wollen wir mit Brandenburg gemeinsam eine Lösung finden, wie das Spreewasser (Uferfiltrat), das durch die Spätfolgen des Kohlebergbaus in der Lausitz gefährdet ist, dauerhaft als Quelle des Trinkwassers genutzt werden kann, ohne dass Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung besteht.

2. Grüne Gemeinschaftsflächen sind Orte der Begegnung von Jung und Alt. Sie wirken der zunehmenden Vereinsamung und Isolation in unserer Gesellschaft entgegen. Sie dienen nicht nur dem Erhalt der psychischen und körperlichen Gesundheit der BürgerInnen, sondern sind auch für das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft von essentieller Bedeutung. In der Corona-Pandemie ist die Notwendigkeit grüner Sozialflächen noch deutlicher geworden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Gemeinschaftsflächen geschützt und als solche weiterentwickelt werden? Wenn ja: Wie?

Über den Klimavorbehalt als Grundlage für alle politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen dieser Stadt wird ab sofort der Abbau von Grünanlagen unterbunden, der Ausbau Berlins zur Schwammstadt statt dessen massiv befördert. Schulung und Kommunikationsarbeit zu diesen Themenfelder muß parallel erfolgen, nicht nur im Hinblick auf die Verwaltung. Auch gegenüber den Menschen selbst muß das Bewußtsein gestärkt werden. Dazu sind Gemeinschaftsflächen, Parks, aber auch Entsiegelungs- und Pflanzprojekte, die gemeinsam im Kiez stattfinden, ein guter Ausgangspunkt. Wir wollen das Bewußtsein, aber auch die Selbstverantwortung der Menschen für ihre Stadt stärken. Die Landes- und Bezirkspolitik muß diese Aktivitäten "an der Basis" durch Geld- und Sachmittel sowie Logistik unterstützen. Klimagerechter Umbau der Stadt erfolgt durch einen integrativen Ansatz, bei dessen Umsetzung Staat, Bürger und die Organisationen der Zivilgesellschaft gemeinsam wirken. Sollten für diesen Ansatz etwa auf Bezirksebene neue Verordnungen nötig sein, so werden sie zügig erlassen. Über Pilotprojekte (zB ausgehend und gemeinsam mit den Kiezblock-Initiativen) zeigen wir die Möglichkeiten des Stadtumbaus auf. KLimaschutz und Stadtumbau braucht starke Beispiele, um alle Menschen von der Wirkungskraft zu überzeugen.

3. Wie eingangs beschrieben, verringert sich der Baumbestand Berlins seit Jahren drastisch. Das Fehlen beschatteter Orte geht mit einem deutlich gestiegenen Hautkrebsrisiko einher. Durch die Abnahme schattiger Spielplätze und -flächen wird die ohnehin hoch gefährdete Gruppe der Kinder besonders stark belastet.

Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass Stadtentwicklung dieser gesundheitlichen Gefährdung entgegenwirkt?

Die Klimaliste Berlin fordert den Umbau Berlins zur Schwammstadt. Unser Motto ist: Ganz Berlin wird ein Park. Insofern werden wir ab sofort mehr Bäume pflanzen, als zu fällen, über den Klimavorbehalt werden Fällungen fast vollständig eingeschränkt. Die Pflege vorhandener Grünbestände wird ausgebaut. Dem in der Frage skizzierten Szenario wirken wir entgegen - Maßnahmen und gesetzliche Anpassungen dazu sind im Dokument bereits ausführlich angesprochen.

4. Spezielle Notfallpläne für Gesundheitsprobleme durch große, langandauernde Hitze wurden unter anderem in Spanien, den Niederlanden und Frankreich aktiviert. In Deutschland sind Notfallpläne zur Versorgung hitzegeschädigter Menschen in Großstädten bisher nicht vorhanden. Die Feuerwehr hat aufgrund dessen im August des letzten Jahres erstmalig den Notstand in Berlin ausgerufen.

Werden Sie sich für berlinweite Hitze-Notfallpläne einsetzen? Wenn ja: Wie können diese aussehen?

Hitze-Notfallpläne sind durch die Defizite der Klimapolitik leider absolut notwendig. Zu diesem Thema haben wir uns ausführlich im Klimaplan geäußert. Die aktuellen Maßnahmen, zB im STEP-Klima, reichen nicht aus, sie sind auch nicht ganzheitlich gedacht. Unsere Vorschläge müssen im Gesamtzusammenhang mit einem kompletten Stadtumbau gesehen werden. Sie adressieren im Hinblick auf Ihre Frage mehrere Ebenen. 1. Die Notfallpläne selbst müssen durch unabhängige Expertinnen erarbeitet werden. Auf Basis dieser Pläne muß Berlin umgebaut und infrastrukturell angepaßt werden. In den letzten Jahren wurden Notfallreserven abgebaut (statt dessen soll nun jeder Einzelne vorsorgen), Sirenen wurden abgebaut, Schutzräume werden nicht gepflegt, es findet keine Aufklärung des Katastrophenschutzes statt - das alles muß sich ändern, damit die Menschen im Katastrophenfall wissen, wie sie sich und ihren Mitmenschen helfen können und sich in Sicherheit bringen. 2. Ausbau und Pflege des Hitze-, Luft-, Wasser- und Klimamonitorings und der angeschlossenen Warnsysteme und Warninfrastruktur. 3. Die Schulung und Aufklärung über Maßnahmen und Möglichkeiten (die Flutkatastrophe in NRW hat gezeigt, dass die Menschen auch wissen müssen, was "Warnungen" bedeuten und wie man im Fall einer Warnung sich verhält): Die Bevölkerung wird regelmäßig, insbesondere vor oder während Hitzeperioden, über Gefahren von Hitze und Bewältigungsstrategien aufgeklärt. Über eine Hitzehotline können Menschen sich hierzu beraten lassen. An Schulen, Arbeitsplätzen, in Kiezen und öffentlichen Plätzen findet ein Austausch über diese Themen statt. 3. Psychische Folgen. Berlin braucht eine Beratungsstelle für ökologische Trauer und Klimaangst und ein unabhängiges Selbsthilfenetzwerks zur Förderung von psychischer Klimaresilienz. Dazu etablieren wir Versorgungsstrukturen für einen erhöhten Bedarf an psychotherapeutischer Behandlung zur gezielten Unterstützung von Betroffenen psychischer Belastungssituationen, die durch die Klimakrise verursacht wurden. Diese betreffen sowohl lokale als auch globale Ereignisse und bieten Hilfe auf mehreren Sprachen an.

## BÜRGERINNENBETEILIGUNG

Die grundlegende Verbesserung der Beteiligung der BürgerInnen an der Stadtentwicklung ist für die Politik eine große Aufgabe. Es bedarf hier zusätzlicher landesrechtlicher Regelungen, um die Interessen und den Sachverstand von Planungsbetroffenen in alle relevanten Bau- und Planungsprozesse einzubeziehen. Beispielsweise muss endlich auch im Baugenehmigungsverfahren eine verbindliche BürgerInnenbeteiligung eingeführt werden. In den Bauplanungsverfahren muss aus der bestehenden Mitwirkung die Mitbestimmung von BürgerInnen werden.

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, aus Planungsbetroffenen mitplanende und mitentscheidende BürgerInnen zu machen? Wenn ja: Wie?

**Die Klimaliste Berlin fordert den massiven Ausbau von Bürgerinnenbeteiligung in allen Prozessen des notwendigen Stadtumbaus. (Hierzu der Klimaplan ab S. 259, <https://www.klimaliste-berlin.de/media/pages/klimaplan/6db68c3a57-1620376401/klimaplan-2021-05-07.pdf>) Direkte Demokratie und Verlagerung politischer Entscheidungsprozesse in die Bevölkerung hinein sehen wir als notwendig und unerlässlich: Klimaschutz ist Gemeinschaftssache und betrifft uns alle. Direkte Demokratie stärkt den partizipativen Prozess, nutzt das Wissen vor Ort und unterbindet den Einfluß von Lobbyismus. Dazu müssen Gesetze und Verordnungen des Landes Berlin verändert werden. Uns geht es nicht um eine politische Parallelstruktur bürgerlichen Engagements oder um vorgeschaltete Beteiligungsverfahren. Und geht es darum, die Entscheidungskompetenz in Sachfragen in die Hände der Bürgerinnen zu geben. Dies unterscheidet uns grundsätzlich von anderen Parteien. Kokret gesprochen: Die Einführung von Bürgerinnenräten zu zahlreichen Themen des Bezirks- und Landespolitik ist richtig. Diese Räte brauchen aber Entscheidungskompetenz bzw. ihre Empfehlungen müssen für politische Gremien (Legislative) bindend werden. Das bedeutet nicht weniger als einen Systemumbau, einen System-Change. Dieser wurde von den "etablierten" Parteien im Interesse des Machterhalts systematisch unterbunden.**

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die BürgerInnenbeteiligung für Bauträger keine Empfehlung bleibt, sondern eine verbindliche, zu kontrollierende Verpflichtung wird? Wenn ja: Wie?

**Ja, dafür setzen wir uns ein. Die Klimaliste Berlin ist davon überzeugt, dass BürgerInnen und Bürger aktiv an der Gestaltung ihres Kiezes, Bezirkes und ihrer Stadt mitwirken sollen, gemeinsam mit den Akteuren der Zivilgesellschaft, die in vielen Sachfragen bereits**

erhebliche, von Wirtschaftsinteressen unabhängige Kompetenz errungen haben. Wir setzen uns dafür ein, dass die oft als lästige Pflicht empfundene Beteiligung der Zivilgesellschaft zur neuen Kür wird. Gerade deshalb fordern wir die Etablierung von rechtlich verbindlichen und gelosten Bürger:innenräten auf Bezirks und Landesebene. Und jetzt das Neue: Per Gesetz sollen die Beschlüsse von Bürgerinnenräten (die als Instrument stark ausgebaut werden müssen) bindende Wirkung für die Legislative erlangen. Die Empfehlungen von Bürgerinnenräten müssen zwingend politisch umgesetzt werden. Dazu gilt es, Strukturen zu etablieren und Fristen festzulegen.

In besonderem Maße liegt uns auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Herzen, da sie aufgrund ihres niedrigen Alters eine starke Betroffenheit von zukünftigen Veränderungen (dies gilt sowohl für die Klimakrise als auch für die Veränderungen welche zu deren Veränderung nötig sind) aufweisen und andererseits politisch meist unzureichend gehört werden (z.B. Wahlalter ab 18). Jugendliche können bereits in einem Alter zwischen 12 und 14 Jahren in alle partizipativen Prozesse dieser Stadt voll eingebunden werden. Wir sind zudem für die Absenkungen des Wahlalters.

## BAURECHT/FLÄCHENPLANUNG

Der Flächennutzungsplan (FNP) 2015, also die vorbereitende Bauleitplanung, der Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP) 2030 und die Bauordnung für Berlin (BauO Bln) sind die Grundlagen aller Arten des Planens und Genehmigens von Verdichtungen. Die neuen Anforderungen an die Stadtentwicklung, die sich aus Klimawandel und Pandemie ergeben, müssen schnellstmöglich in die einschlägigen Gesetze und Planungsgrundlagen aufgenommen werden. In den Fokus gehören eine weniger verdichtete Bauweise und die Berücksichtigung des gestiegenen Bedarfs an Grün- und Sozialflächen.

1. Wie kann hier die Politik nachhaltige und bedarfsgerechte Änderungen herbeiführen? Wird sich ihre Partei für Änderungen im o. g. Sinne einsetzen?

FNP und STEP sind nicht zeitgemäß. Sie sind auf Grundlage einer Wachstums-ideologie entstanden, die zur Klimakatastrophe geführt hat. FNP und STEP müssen angeschafft werden. Wir brauchen ein generelles Umdenken: die Logik des "Mehr ist Mehr" führt zu Zielkonflikten der Stadtentwicklung mit dem Klimaschutz. Beides muss aber zusammengedacht werden! Gehen wir (und sei es fiktiv) davon aus, dass alles Vorhanden ist, nur nicht gerecht verteilt, so gelangen wir zu einem vollkommen anderen gedanklichen Prozeß: Im Verkehrs- und im Wohnungswesen müssen wir uns auf die Umverteilung von Flächen konzentrieren, die Ertüchtigung und geschickte Umplanung des

Gebäudebestands (energetisch, strukturell) und die Möglichkeit, die Bürgerinnen selbst zB Energie zu produzieren (Solarzellen auf den Dächern). Die bisherige Logik der Stadtentwicklung steht den Notwendigkeiten des Klimaschutzes diametral entgegen. Insofern lehnen wir auch die hier angestoßenen Projekte ab. Das betrifft den Flughafen BER, gigantische Infrastrukturen unter der Erde wie Autotunnel oder U-Bahnen. Wir fordern flexible, bürgernahe, kostengünstige Konzepte des ÖPNV, hier brauchen wir mehr Experimente. Das gilt auch für das Wohnen.

2. Mit welchen Instrumenten werden Sie zukünftig ein nachhaltiges und klimagerechtes Bauen und Nachverdichten steuern und kontrollieren?  
Welche Möglichkeiten sehen Sie im Rahmen des einfachen Baugenehmigungsverfahrens (§ 34 BauGB; unbeplanter Innenbereich)?

Paragraph 34 BauGB regelt den Umgang mit Grundstücken, für die es keine sonstigen verbindlichen planerischen Rahmenrichtlinien gibt. Da wir einen allgemeinen Klimavorbehalt als juristische Grundlage für alle Entscheidungen in der Stadt einführen werden ist auch im Umgang mit solchen Grundstücken der Rahmen vorgegeben. Die Prüfung von Bau- und Nutzungsanträgen für solche Grundstücke kann nur noch auf Basis des Klimavorbehalts erfolgen. Ist das Vorhaben im Hinblick auf den Klimaschutz und den Umbau Berlins zur Schwammstadt als positiv zu bewerten, so wird genehmigt. Hierfür ergeben sich die Richtlinien aus der gesetzlichen Verordnung des Klimavorbehalts, die wir im Abgeordnetenhaus (und durch die ganz oben angesprochene Verfassungsänderung) auf den Weg bringen werden.

3. Setzen Sie sich die weitere Entsiegelung von Flächen in Berlin zum Ziel?  
Falls ja: Planen Sie während der nächsten Legislaturperiode ein konkretes Entsiegelungskonzept?

Ein Entsiegelungsplan (als verbindliche Planungsinstrumente analog zu Flächennutzungsplänen festzuschreiben) ist Teil der Grundlage für den Umbau Berlins zur Schwammstadt. Es ist einer der Pläne, die die oben angesprochenen geltenden FMP- und Step-Richtlinien ersetzen soll. Alle Straßen (auch Hauptstraßen) werden einspurig; Parkplätze werden aufgehoben und durch Fahrradinfrastruktur ersetzt; Autobahnen werden sukzessive zurückgebaut und umgenutzt, Baumbestand massiv erweitert; Begrünung von entsiegelten Flächen und Bauten gefördert. Wir fordern ein Schwammstadt-Programm, das die heimische Wirtschaft fördert und die Zusammenarbeit mit dem Berliner Umland in feste, politisch-juristisch fixierte Strukturen bringt.

4. Durch Änderung der Berliner Bauordnung wurden 2006 die Gebäudemindestabstände um ca. 60% gegenüber der vorher gültigen Fassung reduziert. Erst hierdurch sind viele Nachverdichtungsprojekte und Neubaukomplexe überhaupt möglich. Im Angesicht des Klimawandels und der einschränkenden

Maßnahmen zur Pandemieeindämmung sind solche enge Gebäudeabstände inakzeptabel. Deshalb fordern wir die politisch Verantwortlichen auf, die vor 2006 in der Bauordnung bestehenden Abstandsregeln erneut in Kraft zu setzen.

Wie stehen Sie zu dieser Forderung? Würden Sie die Gesetzesinitiative ergreifen?

**Wir befürworten die Wiedereinsetzung der Regelungen in der alten Bauverordnung - bei gleichzeitiger vollkommener Neuausrichtung der Stadtplanung im skizzierten Sinne. Die Abstände sind u.a. auch für Frischluftschneisen wichtig und damit ein zentraler Beitrag für das Stadtklima. Zudem muß es darum gehen, Brachen für gemeinschaftliche Aktivitäten zu nutzen. Privatisierte Flächen gibt es in der Stadt genug.**

Wo sieht Ihre Partei im Neubau die räumlichen Schwerpunkte in Berlin – auch im Hinblick auf soziale Infrastruktur, Verkehrsanbindung und Nahversorgung? Steht Ihre Partei gegen bestimmte Vorhaben?

**Weitere Flächenversiegelungen gilt es zu verhindern. "Neubau" ist für uns eine absolute Ausnahme, denn der Umbau Berlins zur Schwammstadt hat andere Prioritäten als die Vergrößerung der Pro-Kopf-Wohnfläche der Berlinerinnen!**

**Es wird ab sofort darum gehen, die Stadtteile außerhalb des S-Bahn-Ringes in den Fokus der Stadtplanung zu nehmen. Hier hat sich in den letzten Jahren eine regelrechte Verwahrlosung entwickelt: Brachen, Verkehrskollaps, Feinstaub und Lärm, Mieterhöhung, Abrisse, Vermüllung und LKW-Verkehr durch Logistiker. Wir haben mit Phänomenen des Sprawl und der "Zwischenstadt" (Sieverts) zu tun, wie man sie zB aus Los Angeles kennt. Hier müssen wir grundsätzlich einschreiten - und allein hier sind, nach vollkommener Umstrukturierung und Umpfanung, vielleicht noch Bereiche zu identifizieren, in denen evtl. Wohnungsneubau bei gleichzeitiger Anlage von Ausgleichsflächen erfolgen kann.**

**Zum Neubau gibt es weiterhin noch zu sagen: Neubau soll ausschließlich mit Recyclingmaterialien erfolgen, die bauten müssen Passivhaus-Standart einhalten, brauchen eine Regenwasserversickerung, eine zweiten Brauchasserkreislauf und werden durch in den Haushalten anfallende Biomasse geheizt. Wir wollen bei solchen Vorhaben musterhaft zeigen, wie weit man mit dem "Umweltschutz" gehen kann, wenn man unbedingt (und nur in begründeten Ausnahmefällen) bauen will.**

5. Im Ostteil Berlins fehlt es aufgrund einer anderen Baurechtslage in der früheren DDR an verbindlicher Bauleitplanung. Daraus ergibt sich, dass vor allem im Ostteil der Stadt eine massive, Enge erzeugende und Grünflächen zerstörende Verdichtung nach §34 BauGB erfolgt - ohne verpflichtende Berücksichtigung der

Infrastruktur und ohne verpflichtende Bürgerbeteiligung. Dies wird von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen ausdrücklich unterstützt.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die "Wild Ost"-Bebauung nach §34 BauGB ein Ende hat? Wenn ja: wie?

Die Rechtslage muß landesweit einheitlich sein. Dies allein deshalb, weil mittlweile Bezirke aus neoliberalen Denken gegeneinander regelrecht zu "Wettbewerb" aufgehetzt werden. Der Umbau Berlins zur Schwammstadt muß nach einem einheitlichen Gesamtkonzept erfolgen, das Land und Bezirke gemeinsam mit Bürgerinnen und Zivilgesellschaft erarbeiten. Es gilt dann für alle Teile des Landes Berlin, sodaß Ausnahmen nach §34 BauGB geschweige denn ein "Wilder Osten" nicht mehr möglich sind.

### SOZIAL GERECHTE STADTENTWICKLUNG

1. Für welche Maßnahmen zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode einsetzen?

Neben zahlreichen im vorliegenden Dokument bereits genannten Aspekten möchten wir beispielhaft erneut bzw. weiter anführen:

Gesetzliche Ebene Land/Bund: Neujustierung des Bodenrechts und der an Verkauf und Besitz von Grund und Boden geknüpften Steuern. Beendigung von Share Deals. Besteuerung von Spekulationsgewinnen aus Grundstücks und Wohnbauverkäufen ohne getätigte Investition. Leerstandsmonitoring und -bekämpfung. Deutsche Wohnen und Co. enteignen unterstützen: Rekommunalisierung des Wohnungssektors; Einhegung des privatwirtschaftlich verwalteten Wohnens durch Novellierung der Mietpreisbremse sowie eine Diskussion über bundesweite Instrumente der Regulierung, zu denen auch ein Mietendeckel gehören könnten. Zweckentfremdungsverbot konsequent umsetzen.

Flächen: Umverteilung von Flächen und Umnutzung vorhandener Bauten (vor allem Büros, die dank Home Office nicht mehr gebraucht werden). Umpfanung und Experimentierfreude beim Umgang mit dem Altbaubestand und seinen zT schwierigen Grundrissen zugunsten von größerer Effizienz: zB Schaffung von Einliegerwohnungen durch zweite Treppenhäuser; Shared Spaces für Gemeinschaftsaktivitäten oder Arbeiten; "Untermieter-Bonus" bei Vermietung eines Zimmers in großen Wohnungen; "MIG-Zuschuß" für Wohngemeinschaften. Das Verhältnis von Wohnen und Arbeiten muß angesichts der Möglichkeiten von Home Office

völlig neu ausgehandelt werden. Hierüber brauchen wir eine gesellschaftliche Debatte (zB über Bürgerinnenräte), die in ein Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene mündet.

**Bauen und Baurecht:** Im Bereich Neubau, den wir aufgrund seiner Auswirkung auf das Klima als Ausnahme sehen, eine bedürfnis- und bedarfsgerechte Planung, die sich an einem kleineren pro-Kopf-Flächenbudget (Vorschlag: ca. 30 qm/Person) orientiert, als dem derzeitigen. Energetische Sanierung trägt der Vermieter. Mieter sollen Energiegewinnung vor Ort betreiben können, zB durch Solarpaneele auf dem Dach, auf Balkonen.

**Out- und Insourcing von Dienstleistungen:** Die Nebenkosten als "Zweite Miete" müssen eingedämmt werden. Kosten externer Dienstleister müssen angesichts der Tendenz des "Insourcing" neu verhandelt, das geltende Prinzip der Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Erhalt der Bausubstanz, die dem Vermieter zuträglich ist, sollte nicht auf den Mieter umgelegt werden können.  
(Bundesgesetzgebung)

**Bürgerinnenbeteiligung:** Wir wollen, dass partizipativ gedacht wird und gemeinsame Lösungen im Dialog mit allen Beteiligten entstehen. Im Mittelpunkt muß der Mieter, d.h. der Mensch stehen. Wohnen ist keine Ware. In diesem Sinne gilt es, das in der Verfassung verankerte Grundrecht auf Wohnen mit Leben und Bedeutung zu füllen, indem gesetzlich definiert wird, was "bezahlbarer Wohnraum" bedeutet. Oftmals wird hier das Einkommen der Mieter zugrunde gelegt und davon ausgegangen, dass idealerweise die Miete einer Wohnung nicht ein Drittel des Einkommens übersteigen dürfe. Welche weiteren Faktoren einbezogen werden können müßte gemeinsam geklärt werden. In jedem Fall geht es auch hier darum, die Ergebniss in die Form eines Gesetzes zu bringen.

**Stärkung der kommunalen Wohnungsgesellschaften und Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit:** Die kommunalen Wohnungsgesellschaften müssen nach dem Prinzip der Gemeinnützigkeit agieren, das es (Bundesgesetzgebung) zu diesem Zweck wieder einzuführen gilt. Renditeorientiertes Denken hat im öffentlichen Wohnungsbau nicht verloren. Hierzu müssen Landesgesetze angepaßt werden. Auch das Personal muss entsprechend agieren.

**Finanzämter dürfen nicht mehr zu Preistreibern des Wohnungsmarktes werden:** auch wer als Eigentümer seine Wohnung unter "Marktwert" oder Mietspiegel vermietet soll Werbungskosten absetzen dürfen.

2. In Barcelona gilt eine neue Regelung, um das Problem des Leerstands in der Stadt zu bekämpfen. Die Regelung zwingt Vermieter, ihre leerstehenden Objekte innerhalb eines Monats zu vermieten. Andernfalls gehen sie in den Besitz der Stadt über, die nur die Hälfte des Marktpreises der Immobilien als Entschädigung an die Besitzer zahlt. Hierdurch soll die Wohnungsnot reduziert werden, unter der viele einkommensschwache BewohnerInnen leiden.

Wird sich Ihre Partei für diese oder eine ähnliche Maßnahme in Berlin einsetzen, um Wohnungen, die wegen Immobilienspekulation leer stehen, dem Wohnungsmarkt zu günstigen Mieten zur Verfügung zu stellen?

Eine solche Regelung klingt (vorbehaltlich genauer rechtlicher Prüfung) interessant. Wir sehen den Leerstand als ein Teilproblem der Wohnungsknappheit an. Er muß viel vehementer bekämpft werden. Aktuell haben wir mit unserem Abgeordneten Alexander Freitag (BVV-Mitte) über die Leerstände im Wedding gesprochen und einen erneuten Antrag zum Monitoring in die BVV eingebracht. Es zeigt sich, dass die Prozesse der Überwachung nicht konsequent angewandt werden, gleichzeitig rechtliche Grundlagen zB für Enteignungen fehlen, dafür aber Kosten für die Steuerzahler anlaufen, da zB Straßen gesperrt und Gerüste aufgebaut werden müssen. Hier braucht es eine grundlegend andere Regelung, wir nehmen das Modell Barcelona gern in die Diskussion.

3. Welche Lösungsansätze sehen Sie, um Immobilienspekulation mit Wohngebäuden und Bodenspekulation mit brach liegenden Bauflächen einzudämmen?

Hauptursache für den Druck auf den Berliner Wohnungs- und Grundstücksmarkt und der damit verbundenen Verdrängung ist gemäß den Forschungsergebnissen der Berliner Geografin Prof. Dr. Ilse Helbrecht (HU) spekulatives Kapital (Vgl. Ilse Helbrecht, Hrsg.: Gentrifizierung in Berlin, Verdrängungsprozesse und Bleibestrategien, Bielefeld 2016). Spekulation ist kein Phänomen des "Marktes", sondern wird staatlich gelenkt (d.h. letztlich gewollt): durch Steuerprivilegien. Allein durch die Regelung der sog. Share Deals, bei denen nicht reale Baubestände sondern Gesellschaftsanteile (die die Baubestände repräsentieren) übertragen werden, gingen zB. bei einer Fusion von Deutsche Wohnen und Vonovia dem Land Steuern in Höhe von ca. 1 Mrd. Euro verloren. Es sei daran erinnert, dass Herr Müller (SPD) die Fusion für einen guten, wichtigen Schritt hält.

Die Klimaliste Berlin fordert die Abschaffung des geltenden Steuerrechts. Auf Landesebene ist dazu nötig:

a) eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Befreiung von Grunderwerbssteuern bei Share Deals sowie die Einführung einer

Spekulationssteuer von 100% sofern Land ausschließlich spekulativ gekauft und veräußert wird und

b) die Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf mind. 25 % bei dem Erwerb von Wohnimmobilien durch Kapitalgesellschaften.

c) Ausnutzung des Vorkaufsrechts von Wohnimmobilien durch die Bezirke

d) Rekommunalisierung von Wohnungsbaubeständen

e) Bevorratung von Land

f) kein Verkauf landeseigener Flächen und zwingende flächendeckende Einführung befristeter Erbpachtverträge für Grundstücksflächen

Um zu verhindern, dass Luxussanierungen weiter Wohnraum verringern, ist es zudem notwendig, Milieuschutzgebiete bezirksweit zu erklären. Das im Sommer 2021 eingeführte Umwandlungsverbot für Miet- in Eigentumswohnungen wird seine Schlagkraft beweisen müssen, ggf. ist nachzubessern, sodass die Berliner Bauverwaltung in allen Bezirken die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindern und Einfluss auf die Sanierungen von Mietwohnungen nehmen kann. Das neue Bauflächenmobilisierungsgesetz verringert zwar die Möglichkeiten von solchen Aufteilungen von Mietwohnungen, schließt diese aber nicht aus.

Grundsätzlich ist eine Politik erforderlich, die Investitionen aus spekulativen Gründen zur Geldvermehrung in bestehende Mieteinheiten verhindert. Auf Bundesebene ist die 1990 aufgehobene Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau wieder einzuführen. Wir verfolgen generell Ansätze der Wohnungs- und Bauwirtschaft zur alternativen, nutzergetragenen Finanzierung und die Konzepte, die unter dem Schlagwort "gemeinwohlorientiert" debattiert werden. Problem: die Bezeichnung ist (ähnlich wie "Nachhaltigkeit") ein unbestimmter Rechtsbegriff und daher im juristischen Sinne nicht definiert. Dies zu ändern, und solche Begriffe juristisch auszugestalten und zu scharfen Schwertern des Stadtumbaus zu machen, tritt die Klimaliste Berlin an.

4. Welche anderen Maßnahmen (außer Neubau) für eine sozial gerechte Stadtentwicklung planen Sie?

Wichtig ist, noch einmal zum Abschluß: Wir brauchen ein Gesamtkonzept für eine klimagerechte Stadtentwicklung an dessen Umsetzung alle Menschen und Institutionen dieser Stadt mitwirken. Es geht um einen integrativen, inklusiven und sozialgerechten Ansatz zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Dafür kämpfen wir.

Ergänzend zu den im gesamten Dokument ausgeführten Aspekte sei an dieser Stelle noch auf folgenden Punkt hingewiesen:

Die Klimaliste Berlin fordert die konsequente Umsetzung der Berliner Verordnung gegen Zweckentfremdung. Die Bezirksämter müssen dafür mit dem notwendigen Personal ausgestattet werden. So sollen gewerblichen Nutzungen von Wohnungen als Touristenunterkünfte bekämpft und mehr Wohnungen wieder den Menschen der Stadt zugeführt werden. Darüber hinaus gibt es noch weitere Möglichkeiten, Wohnungen wieder auf den Vermietungsmarkt zu bringen:

a) Der Berliner Senat erhöht die Zweitwohnungssteuer auf mindestens 20 % der möglichen jährlichen Miete, um die Anzahl an Berliner Ferienwohnungen zu verringern. Dieses erhöht den Druck auf Zweitwohnbesitzer, ihre Wohnung dem regulären Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen.

b) Ausweitung des Leerstands-Monitoring sowie Ausweitung und Verstärkung der entsprechenden Sanktionen. Die maximale Dauer des Leerstands soll von derzeit zwölf Monate auf sechs Monate reduziert werden. Danach müssen die zuständigen Bezirksämter und Verwaltungen konsequent juristisch gegen Leerstand vorgehen können, einschließlich Zwangsenteignung und Entschädigung unter Marktpreis.

WIR FREUEN UNS AUF WEITEREN AUSTAUSCH UND AUF EINEN LEBENDIGEN DIALOG ZUM WOHL DER MENSCHEN IN UNSERER STADT.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Klimaliste Berlin, UG Stadtentwicklung und weitere

Berlin, den 8.8.2021